

Das Munitionsdilemma

Autor(en): **Besse, Frederik**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1006037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Munitionsdilemma

Deutschland will der Ukraine den Flugabwehrpanzer Gepard schicken. Diese Lieferung hat Konsequenzen für die Schweiz und bringt ein Dilemma mit sich. War sich Berlin bewusst, wie komplex dieses Versprechen in Wahrheit ist?

Hptm Frederik Besse

Deutschland will der Ukraine 50 Flugabwehrpanzer vom Typ Gepard zur Verfügung stellen. Dieses Waffensystem ist auf die mobile Fliegerabwehr im Nahbereich

und auf mittlere Distanz spezialisiert. Ein mächtiges Fahrzeug, doch es ist bereits seit zehn Jahren nicht mehr im Dienst in Deutschland selbst.

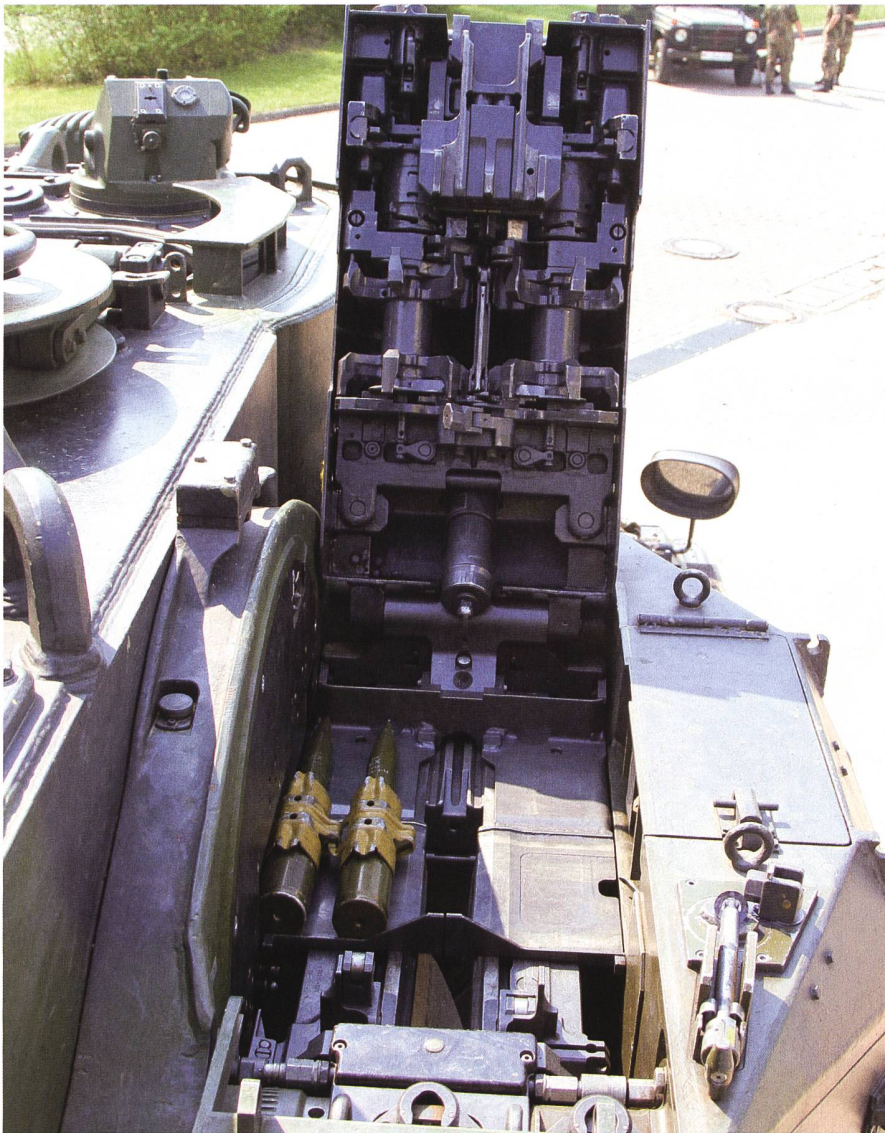


Bild: Hans-Hermann Böhlting

Rechte Waffe mit geöffneter Waffendecke. Hier im Bild sichtbar: Der Munitionsgurt mit Manipulier-Munition.

Praktischerweise hat Berlin noch genug Fahrzeuge eingelagert und kann diese der Ukraine schicken. Nun zeigt sich: Aus dem einst einfachen Gedanken wird ein hochkomplexes Verfahren.

Das Munitionsdilemma

Der Gepard verschießt 35-mm-Granaten mit einer 35-mm-Zwillingskanone KDA L/90 von Oerlikon. Dies mit einer hohen Feuerrate. Beide Maschinenkanonen kommen dabei auf 1100 Schuss pro Minute. Es liegt auf der Hand, dass ein Gepard-Zug im Einsatz grosse Mengen an Munition braucht, um das Waffensystem im vollen Potenzial einzusetzen.

Insgesamt gibt es drei Typen an 35-mm-Granaten.

Der Gepard kann dabei aber nur die ungehärtete Munition mit Gurtrille laden. Dies deswegen, weil die Maschinenkanone des Gepards, mit einem Munitionsgurt geladen wird.

Andere Flugabwehrsysteme mit einer ähnlichen Kanone laden ihre 35-mm-Granaten mit Ladestreifen (Mantis oder 35 mm Flab Kan 63).

Somit kann nicht einfach jede beliebige Granate im gleichen Kaliber geladen werden, sondern es braucht zwingend eine Gurtrille, welche ebenfalls teurer in der Herstellung ist als eine gewöhnliche Hülse.

Die passenden Granaten wurden unter anderem in der Schweiz von Rheinmetall hergestellt. Diese Granaten sind durch Kennzeichnung «OE» markiert.

Rolle der Schweiz

Wenn ein Bestandteil des Waffensystems (und das kann beim Gepard bereits der Waffengurt sein) unter den Bereich «Kriegsmaterial» fällt, braucht es eine Ausfuhrbewilligung, sollte dieser Bestandteil aus der Schweiz stammen.

Im Falle des Gepards ist das die 35-mm-Granate. Das Schweizer Gesetz verbietet Lieferungen an Länder, die sich in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt befindet. Somit würde die Munition des Gepards, welche in der Schweiz produziert wurde, nur mit einem Ausnahme-Beschluss exportiert werden können.

Nur das Parlament könnte dafür grünes Licht geben – eine Folge der jüngsten

Verschärfungen im Bereich Rüstungsexporte der Schweiz.

Neutralität

Selbst wenn das Parlament die Lieferung von Munition an die Ukraine bewilligen würde, wäre das neutralitätsrechtlich problematisch.

Gemäss dem Haager-Abkommen von 1907, das die Schweiz unterschrieben hat, wäre eine einseitige Belieferung nicht erlaubt. Ein neutraler Staat darf nicht nur ausschliesslich einer Kriegspartei Waffen liefern, sondern muss diese Option allen Ländern, die am Konflikt beteiligt sind, offenhalten.

Waffenlieferung durch Drittstaaten

Brasilien hat sich bereit erklärt, 340 000 Granaten zu liefern, doch um die 50 Flugabwehrpanzer effizient einzusetzen, reicht das bei Weitem nicht aus. Die ukrainischen Crews müssen ebenfalls noch am System ausgebildet werden. Mittel- und langfristig kann der Gepard mit einem kleinen Munitionskontingent nur ein Schwergewicht bilden an einer Operation und kann keine grössere Rolle einnehmen.

Das ist bedauerlich, denn der Gepard vereint Mobilität und hohe Feuerrate mit einem gewissen Schutz für die Mannschaft. Es stellt sich nun die Frage: Wenn die Schweiz nicht liefern darf, kann ein



Bild: Derwatz

Komplex und für die Schweiz ein Dilemma: Die Lieferung von Gepard-Flugabwehrpanzer an die Ukraine durch Deutschland.

Drittstaat eine Produktionsreihe an Granaten mit Gurtrille in derselben Qualität wie von Rheinmetall herstellen?


Dies würde wahrscheinlich Wochen an Vorlaufzeit in Anspruch nehmen. Würde dieser Faktor ebenfalls durch die Bundesregierung in Deutschland so bedacht?

Wie weiter?

Mittel- und langfristig würde die Ukraine sicher durch eine Exporterlaubnis profitieren. Die Schweiz steht nun vor einer schwierigen Debatte. Was ist der Bevölkerung mehr Wert? Eine strikte Einhaltung der Neutralität oder eine «europäische» Neutralität?

Der Ausgang dieses Geschäfts wird grossen Einfluss auf die Politik der Schweiz in der Zukunft haben.

Somit muss auf jeden Fall auch das Volk Stellung nehmen können. Das nimmt Zeit in Anspruch- Zeit die möglicherweise nicht mehr zur Verfügung steht. Ein Mittelweg wäre die Legitimation durch das Parlament mit dem Referendumsrecht durch das Volk.

Es zeigt sich auch hier wieder, vor was Sicherheitsexperten seit Jahrzehnten warnen. Wenn die Gefahr da ist, bleibt keine Zeit mehr für Rüstungsgeschäfte. Daher soll man sich auch im Frieden für den Krieg rüsten und nicht umgekehrt. 



Der von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) angekaufte Gepard 1A2 während des Flugabwehrvergleichsschiessens in Brasilien im Jahr 2011.

Bild: Exército Brasileiro